

Zum Start des 49 Euro-Tickets am 1. Mai

Grüne wollen Deutschlandticket für Schüler*innen, Berufsschüler*innen und Azubis günstiger machen

Die geplante Einführung des 49€ Tickets auf Bundesebene ist eine großartige Chance zur Reform des Tarif- und Ticketsystems in Schleswig-Holstein. Doch insbesondere für junge Menschen und Personen mit geringem Einkommen können monatlich 49 Euro viel Geld sein. Daher fordern wir Grüne [Kreis Steinburg] ein möglichst kostenloses Deutschlandticket für alle Schüler*innen, Berufsschüler*innen und Azubis.

Im Bereich der Schüler*innenbeförderung fließen schon heute viele Landes- und Kreisgelder in die Subventionierung von Schüler*innenfahrkarten und Kreisfahrkarten. Allerdings ist das System sehr bürokratisch und immer wieder Ungerecht. Zum Beispiel wird die freie Schulwahl oft nicht ausreichend berücksichtigt.

Wir Grüne begrüßen die Initiative der Landesregierung für ein preisgünstigeres Deutschlandticket für (Berufs-)Schüler*innen und Azubis. Wir rufen die Landesregierung, den Kreis Steinburg und die Kommunen zu schnellen Gesprächen auf, sodass spätestens 2024 alle (Berufs-)Schüler*innen und Azubis möglichst kostenlos Bus und Bahn nutzen können. Kinder und Jugendliche im Bezug von Sozialleistungen sollen grundsätzlich kostenlos fahren können.

Dazu sagt die/der Spitzenkandidatin*in Inken Carstensen-Herold von BÜNDNIS 90/Die Grünen:

„Die Mobilitätswende kann mit dem Deutschlandticket nun richtig an Fahrt aufnehmen! Besonders für Kinder- und Jugendliche muss das Deutschlandticket aber günstiger erreichbar sein, denn es fördert Teilhabe und eigenständige, nachhaltige Mobilität.“

Mit der Umstellung auf das Deutschlandticket möchten wir das kleinteilige und oft ungerechte System der Schüler*innenbeförderung reformieren und ein deutliches Zeichen für Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit setzen. Wir Grüne werden uns in Steinburg und in der Landesregierung für ein möglichst kostenloses Deutschlandticket für Schüler*innen, Berufsschüler*innen und Azubis einsetzen. Das Recht auf Bildung und freie Schulwahl, auf Ausbildung oder einen Freiwilligendienst darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.“